



Antrag

der Abgeordneten **Susann Biedefeld, Herbert Woerlein SPD**

Anhörung zu teilweise illegalen Welpentransporten in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz führt eine Expertenanhörung zu den teilweise illegalen Welpentransporten in Bayern durch.

Des Weiteren wird gefordert, dass künftig von den bayerischen Veterinärämtern in ihrem Zuständigkeitsbereich eine offizielle Statistik zu den illegalen Welpentransporten geführt wird.

Begründung:

Die Zahl der Welpentransporte, in erster Linie aus Osteuropa, steigt. Im Jahr 2014 waren es in Bayern allein 510 Tiere (Deutscher Tierschutzbund, Landesverband Bayern), die bei illegalen Welpentransporten bei Kontrollen entdeckt wurden. Jedoch gibt es eine hohe Dunkelziffer, da diese illegalen Transporte nur zufällig bei Polizeikontrollen entdeckt wurden und werden. Die vielen Funde solcher Transporte zeigen jedoch, dass es sich um keine Einzelfälle handelt. Im vergangenen Jahr wurde zum Beispiel auf der A6 bei einer Verkehrskontrolle ein Lkw mit 77 Hunden entdeckt, die alle in einem schlechten Zustand waren.

Bei aufgegriffenen Transporten werden die Tiere in einem erbärmlichen Zustand vorgefunden. Die Welpen werden viel zu früh von ihrer Mutter, die oft selbst unter tierschutzwidrigen Bedingungen gehalten wird, getrennt. Zu jung für eine Impfung haben die Welpen oftmals ansteckende Krankheiten oder Parasiten und durch den für die Tiere stressigen Transport ist ihr Immunsystem stark geschwächt. Durch die reizarme Umgebung, die tierschutzwidrige Aufzucht und die zu frühe Trennung von der Mutter sind viele Welpen psychisch gestört und zeigen Verhaltensprobleme bis ins Erwachsenenalter.

Falls diese illegalen Welpentransporte bei einer Verkehrskontrolle entdeckt werden, kommen die aufgefundene Welpen ins Tierheim. Die ohnehin finanziell angeschlagenen Tierheime bleiben oftmals auf den Kosten für die Tiere sitzen, die pro Tier bis zum Ende der Quarantäne zwischen 1.500 bis 2.000 Euro betragen. Da der Händler meistens auf seinen Besitz verzichtet und somit nicht für die Kosten aufkommen muss, bedeutet dies für die Tierheime eine immense Kostenbelastung. Außerdem werden Kommunen belastet, die einen Teil der Kosten für die Versorgung im Tierheim übernehmen müssen.

Das immense Tierleid, die enormen Kosten und der Aufwand der Polizei zeigen deutlich den Handlungsbedarf auf, dieses Problem endlich in den Griff zu bekommen. Der Deutsche Tierschutzbund startete für den diesjährigen Welttierschutztag am 4. Oktober eine Kampagne gegen den illegalen Handel mit Welpen, um das Thema an eine breite Öffentlichkeit zu bringen, und fordert Abhilfe ein.